

Auftragsbekanntmachung

Bauftrag

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber

I.1) **Name und Adressen**

Offizielle Bezeichnung: Polizeipräsidium Recklinghausen

Postanschrift: Westerholter Weg 27

Ort: Recklinghausen

NUTS-Code: DEA36 Recklinghausen

Postleitzahl: 45657

Land: Deutschland

E-Mail: ZpLPPRE@polizei.nrw.de

Internet-Adresse(n):

Hauptadresse: www.polizei.nrw.de

I.3) **Kommunikation**

Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter: <https://www.evergabe.nrw.de/VMPSatellite/notice/CXPNYRDD9HY/documents>

Weitere Auskünfte erteilen/erteilt folgende Kontaktstelle:

Offizielle Bezeichnung: AntweilerLiebschwagerNieberding Rechtsanwälte PartG mbB über den Projektraum www.evergabe.de

Postanschrift: Immermannstr. 20

Ort: Düsseldorf

NUTS-Code: DEA11 Düsseldorf, Kreisfreie Stadt

Postleitzahl: 40210

Land: Deutschland

Kontaktstelle(n): Frau Dr. Pascale Liebschwager

E-Mail: p.liebschwager@aln-partner.de

Telefon: +49 211860472-21

Internet-Adresse(n):

Hauptadresse: www.aln-partner.de

Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen elektronisch via: <https://www.evergabe.nrw.de/VMPSatellite/notice/CXPNYRDD9HY>

I.4) **Art des öffentlichen Auftraggebers**

Ministerium oder sonstige zentral- oder bundesstaatliche Behörde einschließlich regionaler oder lokaler Unterabteilungen

I.5) **Haupttätigkeit(en)**

Öffentliche Sicherheit und Ordnung

Abschnitt II: Gegenstand

II.1) **Umfang der Beschaffung**

II.1.1) **Bezeichnung des Auftrags:**

Anmietung neue polizeiliche Liegenschaft für das Polizeipräsidium Recklinghausen

Referenznummer der Bekanntmachung: 23.03. - PPREZpL

- II.1.2) **CPV-Code Hauptteil**
45210000 Bauleistungen im Hochbau
- II.1.3) **Art des Auftrags**
Bauftrag
- II.1.4) **Kurze Beschreibung:**
Neuanmietung eines neuen Dienstgebäudes, einer Kfz-Werkstatt und eines Regionalen Trainingszentrums (zusammen: "zentrale polizeiliche Liegenschaft") durch das Polizeipräsidium Recklinghausen. Der Auftragnehmer muss hierzu ein Grundstück im festgelegten Auswahlgebiet anbieten, auf dem er die zentrale polizeiliche Liegenschaft planen, errichten und an den Auftraggeber vermieten wird.
- II.1.5) **Geschätzter Gesamtwert**
- II.1.6) **Angaben zu den Losen**
Aufteilung des Auftrags in Lose: nein
- II.2) **Beschreibung**
- II.2.2) **Weitere(r) CPV-Code(s)**
70200000 Dienstleistungen der Vermietung oder Verpachtung von Immobilien im Eigenbesitz
70321000 Vermietung von Grundstücken
- II.2.3) **Erfüllungsort**
NUTS-Code: DEA36 Recklinghausen
Hauptort der Ausführung:
Auswahlgebiet Das Auswahlgebiet liegt in Recklinghausen und Herten und wird wie folgt begrenzt:
Westlich (von Nord nach Süd):
- Kreuzung Feldstraße Polsumer Straße bis zur Schützenstraße
- Schützenstraße bis zur Ewaldstraße
- Ewaldstraße bis zur Brücke Ewaldstraße-Emscher
Südlich (West nach Ost)
- Emscher (von Brücke Ewaldstraße bis zur Brücker Horsthauser Straße)
Östlich (von Süd nach Nord)
- Horsthauser Straße bis zur Marienstraße
- Marienstraße bis zur Alte Grenzstraße
- Alte Grenzstraße bis zur Suderwichstraße
- Suderwichstraße bis zur Annastraße
- Annastraße bis zum Frankenweg
- Frankenweg bis zum Ostcharweg
- Ostcharweg bis Kreuzung Devensstraße/Ostcharweg
Nördlich (von Ost nach West)
- Devensstraße/Ostcharweg bis zur L511
- L511 bis zur Kreuzung L511/Bockholter Straße
- Westerholter Str. bis zur Scherlebecker Straße
- Scherlebecker Straße bis zur Polsumer Straße
- Polsumer Straße bis zur Feldstraße
- II.2.4) **Beschreibung der Beschaffung:**
Das Land Nordrhein-Westfalen (NRW), vertreten durch das Ministerium des Innern des Landes Nordrhein-Westfalen (IM NRW), dieses vertreten durch das Polizeipräsidium Recklinghausen, beabsichtigt, eine neue zentrale polizeiliche Liegenschaft anzumieten. Diese Liegenschaft besteht aus einem Dienstgebäude, einer

Kfz-Werkstatt sowie einem Regionalen Trainingszentrum (im Folgenden: "RTZ") (zusammen: "die zentrale polizeiliche Liegenschaft").

Das Projekt ist durch Planung und Neubau einer speziell auf die Bedürfnisse des Auftraggebers zugeschnittenen Immobilie zu verwirklichen. Ausgeschlossen ist die Anmietung einer Bestandsimmobilie; dies gilt nicht für die geforderten Stellplätze, die auch in einem Bestandsbau untergebracht werden können. Auftragsgegenstand ist der Abschluss eines Mietvertrags über ein nach den Anforderungen des Auftraggebers zu errichtende zentrale polizeiliche Liegenschaft im näher definierten Auswahlgebiet. Der Mietvertrag soll dabei eine Laufzeit von 20 Jahren haben mit der Option für den Auftraggeber, den Vertrag einmalig um fünf Jahre zu verlängern. Das Vergabeverfahren soll im Februar 2024 abgeschlossen werden.

Für die zentrale polizeiliche Liegenschaft wird voraussichtlich ein ca. 50.000 m² großes Grundstück benötigt, wobei die vorgenannten Größenangaben eine erste Orientierung für die erforderliche Grundstücksgröße geben sollen. Auf diesem Grundstück sind die zentrale polizeiliche Liegenschaft sowie Außenanlagen und 570 Stellplätze, Carports und Garagen unterzubringen. Diese Nutzungen müssen entweder auf einem zusammenhängenden Grundstück oder auf mehreren unmittelbar aneinander angrenzenden Grundstücken angeordnet werden. Hinzu kommt eine zusätzliche Aufstellfläche von 1.000m² im Außenbereich. Die Brutto-Grundfläche der Gebäude beträgt insgesamt ca. 33.000 m².

Das neue Dienstgebäude bedarf laut genehmigtem Raumprogramm ca. 12.400 m² NF erforderliche Programmfläche. Unter Berücksichtigung von Nebenflächen, Verkehrsflächen, technischen Funktionsflächen etc. kann entwurfsabhängig von einer Bruttogrundfläche von ca. 25.000 m² BGF(a) ausgegangen werden. Die Programmfläche umfasst eine Bereitschaftspolizeihundertschaft, eine Kriminalwache, die zentrale Asservatenstelle des Polizeipräsidiums, die kriminaltechnische Untersuchungsstelle, den polizeiärztlichen Dienst und Büroflächen für verschiedene Abteilungen, die in unterschiedlichen Beziehungen zueinander stehen und nach Anforderung des Auftraggebers zueinander angeordnet sein müssen, sowie weitere polizeispezifische Räume sowie Flächen im Außenbereich für eine Müllsammelstelle/ Containeraufstellung und Zweiradstellplätze. Darüber hinaus werden ca. 440 PKW-Stellplätze, 35 Carports und 20 Großraumgaragen sowie 80 Fahrradstellplätze benötigt.

Die für das RTZ genehmigte Raumprogrammfläche beträgt ca. 4.600 m². Entwurfsabhängig kann unter Berücksichtigung von Nebenflächen, Verkehrsflächen, technischen Funktionsflächen etc. von einer Bruttogrundfläche von ca. 6.000 m² ausgegangen werden. Das RTZ gliedert sich im Wesentlichen in eine Trainingsstätte, eine Raumschließanlage mit drei 25m-Schießständen, ein Trainingshaus mit einer befahrbaren Halle und Ringstraße, eine Amok/TE-Trainingshalle sowie Außenanlagen auf. Darüber hinaus werden 45 Stellplätze benötigt.

Die genehmigte Raumprogrammfläche der Kfz-Werkstatt beträgt ca. 1.000 m². Unter Berücksichtigung von Nebenflächen, Verkehrsflächen, technischen Funktionsflächen etc. kann entwurfsabhängig von einer Bruttogrundfläche von ca. 1.400 m² ausgegangen werden. Die Programmfläche umfasst u. a. sechs PKW-Arbeitsplätze, eine Waschhalle und eine Pflegehalle sowie diverse Lagerflächen für Reifen, Gefahrstoffe etc. Es werden 30 Stellplätze benötigt.

Wegen der besonderen Anforderungen der Polizeischießstandsachverständigen des Landes NRW an die Planung und Ausführung der Schießstätten und hierbei insbesondere an die Lüftungstechnik, spielt die Planung der Technischen Ausrüstung in diesem Projekt eine wichtige Rolle.

Die neue zentrale polizeiliche Liegenschaft soll in für Polizeieinsätze und Kundenverkehr zentraler, verkehrsgünstiger Lage liegen. Hierunter ist ein Standort zu verstehen, der eine schnelle Anbindung an das überörtliche Straßennetz ermöglicht, und innerhalb des festgelegten Auswahlgebietes liegt. Außerdem muss das Grundstück alle in den Vergabeunterlagen benannten Mindestkriterien erfüllen.

Da für den Auftraggeber der neue Standort von besonderer Bedeutung und die Angabe des Grundstücks unabdingbare Voraussetzung zur Abgabe eines ersten Angebotes in dem Verhandlungsverfahren ist, wird er

nur solche Bewerber zur Abgabe eines ersten Angebotes auffordern, die bereits mit ihrem Teilnahmeantrag nachweisen, dass sie über ein geeignetes Grundstück bzw. mehrere unmittelbar aneinander angrenzende Grundstücke verfügen, auf dem die zentrale polizeiliche Liegenschaft zukünftig adäquat untergebracht werden kann. Den Bewerbern steht offen, mit ihrem Teilnahmeantrag mehrere geeignete Grundstücke zu benennen, auf denen jeweils die zentrale polizeiliche Liegenschaft samt Außenanlagen und Stellplätzen vollständig angeordnet werden kann. Sollten sich mehrere Grundstücke - entweder als Einzelgrundstück oder als unmittelbar aneinander angrenzende Grundstücke - als geeignet erweisen, muss der Bewerber nach Aufforderung zur Angebotsabgabe entscheiden, für welches seiner geeigneten Grundstücke er ein Angebot abgeben will. Sollte der Bewerber nur ein geeignetes Grundstück in seinem Teilnahmeantrag benennen, steht es ihm im Übrigen frei, ein anderes geeignetes Grundstück zum Gegenstand seines ersten indikativen Angebots zu machen; ein Wechsel des Grundstücks ist also bis zur Abgabe des ersten indikativen Angebots möglich. Der Auftragnehmer muss spätestens zum Zeitpunkt der Überlassung der Mietsache auch Eigentümer oder Erbbauberechtigter des Grundstücks sein, auf dem die neue zentrale polizeiliche Liegenschaft errichtet wird.

II.2.5) **Zuschlagskriterien**

Der Preis ist nicht das einzige Zuschlagskriterium; alle Kriterien sind nur in den Beschaffungsunterlagen aufgeführt

II.2.6) **Geschätzter Wert**

II.2.7) **Laufzeit des Vertrags, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems**

Laufzeit in Monaten: 282

Dieser Auftrag kann verlängert werden: ja

Beschreibung der Verlängerungen:

Der Mietvertrag wird eine Laufzeit von 20 Jahren haben. Dem Auftraggeber steht das Recht zu, den Vertrag einseitig einmal um 5 Jahre zu verlängern.

II.2.9) **Angabe zur Beschränkung der Zahl der Bewerber, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden**

Geplante Mindestzahl: 4

Höchstzahl: 5

Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern:

Zunächst werden die form- und fristgerecht eingereichten Teilnahmeanträge auf Vollständigkeit geprüft. Fehlen geforderte Nachweise, Erklärungen und/ oder Angaben, verlangt der Auftraggeber diese innerhalb einer Frist von 6 Kalendertagen nach. Sofern der Bewerber dieser Aufforderung nicht, nicht vollständig oder nicht fristgerecht nachkommt, führt dies zum Ausschluss vom Teilnahmewettbewerb.

Sodann wird geprüft, ob die Mindestanforderungen bezüglich des Grundstücks nach Ziffer 4.1 der Bewerbungsbedingungen eingehalten worden sind (Lage und Erreichbarkeit des Grundstücks sowie Plausibilitätsprüfung).

Sollte mindestens eines dieser Mindestkriterien nicht eingehalten werden, wird der Teilnahmeantrag und/ oder das Grundstück zwingend ausgeschlossen. Sofern sich ein Bewerber mit mehreren Grundstücken beworben hat, muss mindestens eines dieser Grundstücke den Mindestkriterien entsprechen. Andernfalls führt dies zum Ausschluss vom Verfahren.

Zudem muss jeder Bewerber bzw. jede Bewerbergemeinschaft mindestens jeweils eine Referenz für Objektplanung/Architekt, für TGA-Planung HLKS und TGA-Planung ELT vorlegen. Andernfalls wird der Bewerber/ die Bewerbergemeinschaft ausgeschlossen. In einem weiteren Schritt werden die vorgelegten Referenzen gemäß den Vorgaben in den Vergabeunterlagen bewertet. Bei Punktgleichheit des fünft- und der nächstplatzierten Bewerber entscheidet das Los. In Abhängigkeit von der geforderten Qualifikation der Bewerber können im Übrigen ausnahmsweise auch weniger als vier Bewerber zur Angebotsabgabe aufgefordert werden, sofern weniger als vier Bewerber ihre Eignung nachweisen können.

II.2.10) Angaben über Varianten/Alternativangebote

Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein

II.2.11) Angaben zu Optionen

Optionen: nein

II.2.13) Angaben zu Mitteln der Europäischen Union

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein

II.2.14) Zusätzliche Angaben**Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben****III.1) Teilnahmebedingungen****III.1.1) Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister**

Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen:

Aktueller Nachweis, dass das Unternehmen im Berufs- oder Handelsregister nach Maßgabe der Rechtsvorschriften des Landes der Gemeinschaft oder des Vertragsstaates des EWR-Abkommens eingetragen ist, in dem es ansässig ist. Im Fall der Beteiligung als Bewerbergemeinschaft ist der Nachweis von jedem Mitglied der Bewerbergemeinschaft einzureichen. Der Nachweis darf nicht älter als sechs Monate ab Veröffentlichung der EU-Bekanntmachung sein.

III.1.3) Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

1. Angabe von mindestens einer Referenz Objektplanung/Architekt. Vergleichbar sind dabei Referenzen über Objektplanungsleistungen

- die ein Hochbauprojekt, nämlich eines Neubaus eines Büro- oder Verwaltungsgebäudes, betreffen, wobei
- die Bruttogrundfläche (BGF) mindestens 8.000m² beträgt,
- die Fertigstellung der Genehmigungsplanung nach dem 01.01.2016 liegt (es gilt das Einreichungsdatum des Bauantrags),
- die Baukosten (KG 300 und KG 400) mindestens 10 Mio. Euro netto betragen und
- mindestens eine der Lph 2-5 nach HOAI erbracht worden ist.

2. Angabe von mindestens einer Referenz TGA-Planung HKLS. Vergleichbar sind dabei Referenzen, die

- die Planung eines Hochbauprojekts als Neubau betreffen, wobei
- die Fertigstellung der Genehmigungsplanung nach dem 01.01.2016 liegt (es gilt das Einreichungsdatum des Bauantrags),
- die Baukosten (KG 300 und KG 400) mindestens 5 Mio. Euro netto betragen und
- mindestens eine der Lph 2-5 nach HOAI erbracht worden ist.

3. Angabe von mindestens einer Referenz TGA-Planung ELT. Vergleichbar sind dabei Referenzen, die

- die Planung eines Hochbauprojekts als Neubau betreffen, wobei
- die Fertigstellung der Genehmigungsplanung nach dem 01.01.2016 liegt (es gilt das Einreichungsdatum des Bauantrags),
- die Baukosten (KG 300 und KG 400) mindestens 5 Mio. Euro netto betragen und
- mindestens eine der Lph 2-5 nach HOAI erbracht worden ist.

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

Jeder Bewerber bzw. jede Bewerbergemeinschaft muss mindestens eine vergleichbare Referenz zur Ziffer III.1.3 Nr. 1 bis 3 vorlegen. Andernfalls wird der Bewerber bzw. die Bewerbergemeinschaft ausgeschlossen.

III.2) Bedingungen für den Auftrag**III.2.2) Bedingungen für die Ausführung des Auftrags:**

Der Auftraggeber wird für den bestplatzierten Bieter gemäß § 19 Abs. 4 MiLoG bzw. § 21 Abs. 1 SchwarzArbG vor Zuschlagserteilung einen Auszug aus dem Wettbewerbsregister anfordern.

Bei der Auftragsausführung sind die Besonderen Vertragsbedingungen des Landes Nordrhein-Westfalen zur Einhaltung des Tariftreue- und Vergabegesetzes Nordrhein-Westfalen und Artikel 5k der Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren, zu beachten.

Abschnitt IV: Verfahren

IV.1) Beschreibung

IV.1.1) Verfahrensart

Verhandlungsverfahren

IV.1.3) Angaben zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem

IV.1.4) Angaben zur Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer oder Lösungen im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs

Abwicklung des Verfahrens in aufeinander folgenden Phasen zwecks schrittweiser Verringerung der Zahl der zu erörternden Lösungen bzw. zu verhandelnden Angebote

IV.1.5) Angaben zur Verhandlung

Der öffentliche Auftraggeber behält sich das Recht vor, den Auftrag auf der Grundlage der ursprünglichen Angebote zu vergeben, ohne Verhandlungen durchzuführen

IV.1.8) Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)

Der Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen: ja

IV.2) Verwaltungsangaben

IV.2.2) Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge

Tag: 20/01/2023

Ortszeit: 14:00

IV.2.3) Voraussichtlicher Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber

Tag: 10/02/2023

IV.2.4) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können:

Deutsch

Abschnitt VI: Weitere Angaben

VI.1) Angaben zur Wiederkehr des Auftrags

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein

VI.3) Zusätzliche Angaben:

Die Unterlagen zum Teilnahmewettbewerb inklusive der von den interessierten Unternehmen auszufüllenden Unterlagen sind auf dem Vergabemarktplatz NRW unter dem unter Ziffer I dieser Bekanntmachung angegebenen Link abrufbar. Fragen zu dem Verfahren sind ausschließlich über dieses Internetportal einzureichen. Es sind neben den unter Ziffer III genannten Nachweise folgende weitere Nachweise vorzulegen, wobei bezüglich der Details insbesondere auf die Bewerbungsbedingungen verwiesen wird: 1. Formblatt T1 "Teilnahmeantrag"; 2. Formblatt T2 "Projektbeteiligte"; 3. Bewerber-/ Bietergemeinschaften müssen einen für das Vergabeverfahren bevollmächtigten Vertreter benennen (Formblatt T3). 4. Formblatt T4 "Eigenerklärung Ausschlussgründe". 5. ggf. Formblatt T5 "Eigenerklärung zum Beihilfenrecht". 6. Formblatt T 6 "Eigenerklärung zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung". 7. Formblatt T7 "Eigenerklärung VO 2022/576". 8. Bewerber, die Nachunternehmer einsetzen wollen, haben den Umfang des beabsichtigten Nachunternehmereinsatzes zu benennen (Formblatt T8); 9. Bewerber, die Nachunternehmer einsetzen

wollen, müssen Verpflichtungserklärungen von denjenigen Nachunternehmern einreichen, auf deren Referenzen sich die Bewerber berufen (Formblatt T9). 10 Bewerber, die eine Eignungslleihe beabsichtigen, müssen die Eigenerklärung abgeben (Formblatt T10) und die entsprechenden Verpflichtungserklärungen der eignungsleihenden Unternehmen (Formblatt T11) einreichen; 11. Eigenerklärung zur Verfügbarkeit des Grundstückes (Formblatt T12); 12. ggf. Grundstückseigentümergeklärung (Formblatt T13). 13. Formblatt T14 "Angaben zum Grundstück" inkl. Expose und Lageplan und ggf. Bebauungsplan. 14. Für die angebotenen Grundstücke sind jeweils Auszüge aus dem Grundbuch (Bestandsverzeichnis, Abt. I - II) nicht älter als Dezember 2022 vorzulegen. 15. Organigramm zur Unternehmensstruktur des Bewerbers.

Der Auftraggeber hat den Unterlagen für den Teilnahmewettbewerb die Bewertungsmatrix für die Angebote beigefügt. Den Bewerbern werden damit die wesentlichen Rahmenbedingungen des Auftrags mitgeteilt. Somit entspricht der Auftraggeber der Vorgabe des § 12a EU VOB/A, alle erforderlichen Angaben vorzulegen, um den Bewerbern eine Entscheidung zur Teilnahme am Vergabeverfahren zu ermöglichen. Hinzu kommt, dass die weiteren Vergabeunterlagen für die Angebotserstellung vertrauliche Inhalte haben, die nicht unkontrolliert veröffentlicht werden können (§ 11b Abs. 2 EU VOB/A).

Bekanntmachungs-ID: CXPNYRDD9HY

VI.4) **Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren**

VI.4.1) **Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren**

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Westfalen

Postanschrift: Albrecht-Thaer-Straße 9

Ort: Münster

Postleitzahl: 48147

Land: Deutschland

VI.4.3) **Einlegung von Rechtsbehelfen**

Genauere Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Auf die Rügepflicht des § 160 Abs. 3 GWB wird hingewiesen. Hiernach ist ein Nachprüfungsantrag bei der zuständigen Vergabekammer zulässig, soweit:

- der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 GWB bleibt unberührt,
- Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
- Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
- nicht mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**

30/09/2022